BESCHLUSS

Gemeinsam für lesbische Sichtbarkeit - LBTIQ*-Frauen stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

1. Bundesfrauenrat 2019
4./5. Mai 2019, Berlin

Gremium:	Bundesfrauenrat, BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum:	04.05.2019
Tagesordnungspunkt:	L Lesbische Sichtbarkeit

Die Frauenbewegung hat vieles erreicht. Sie ermöglicht eine zunehmend bessere Teilhabe und Empowerment von Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Als kraftvolle Bewegung standen und stehen Frauen aller sexuellen Orientierungen - Heterosexuelle und Lesben - auch heute Seite an Seite für Feminismus und eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Doch noch zu oft gehen die Forderungen wie auch die Sichtbarkeit lesbischer Frauen in allgemeinen, feministischen Zielsetzungen unter. Lesbische Frauen waren von Beginn an Teil der LSBTIQ*-Emanzipationsbewegung und der Frauenbewegung, doch sie mussten und müssen oftmals gegen Marginalisierung ankämpfen. Deswegen stehen wir gemeinsam ein für mehr Sichtbarkeit von lesbischer Geschichte, Kultur und Leben und gegen die Marginalisierung und Diskriminierung lesbischer Frauen.

Wenn in öffentlichen Debatten von homosexuellen Menschen gesprochen und geschrieben wird, sind mehrheitlich schwule Männer präsent. Sie werden weit häufiger interviewt oder fotografiert, etwa wenn es um aktuelle Debatten wie die “Gay Pride”-Paraden oder die Eheöffnung geht. So entsteht ein gesellschaftliches Bild von “Homosexualität = schwul”. Lesbische Frauen werden mit ihren Themen folglich marginalisiert, selbst wenn es etwa um die Rechte von Regenbogenfamilien geht, die zu über 90% aus lesbischen Frauenpaaren bestehen. Und auch das Gedenken an die lesbischen Opfer des Nationalsozialismus wird weitgehend aus dem öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ausgeklammert und beim Gedenken nicht erwähnt.

Bis heute greifen hier patriarchale Strukturen, in denen Frauen und Lesben nicht mitgedacht werden, auch weil es viele Menschen gibt, die sie nicht mitdenken wollen. Wir wollen diese Denkmuster nachhaltig durchbrechen.
Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich solidarisch für die Rechte aller Frauen ein, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Identität, Religion, Hautfarbe, Behinderung, Alter, ihrem sozialen Status oder der Herkunft.

Die Rechte lesbischer, bisexueller, trans* und intersexueller sowie queerer Frauen sind für uns unverhandelbare und universelle Frauenrechte. Sie umzusetzen ist unser gemeinsames feministisches Anliegen. Wir sehen uns als Teil einer internationalen Frauen- und Lesbenbewegung und stehen solidarisch an der Seite aller, die sich international für die Rechte lesbischer, bisexueller und trans*und intersexueller sowie queerer Frauen einsetzen.

Wir treten für die tatsächliche, intersektionale und umfassende Umsetzung der Frauenrechte ein. Denn Frauenrechte sind Menschenrechte!

Sorgerecht und Regenbogenfamilien
Für uns sind alle Familien gleich. Wenn wir allerdings die aktuelle Debatte zum sogenannten

Abstammungsrecht und die damit einhergehenden Eltern-Kind-Zuordnungen (Stichwort: Sorgerecht) genau betrachten, wird sehr schnell klar, dass es trotz der Ehe für Alle noch keine Gleichberechtigung gibt. Die aktuelle Rechtslage stellt Kinder, die in gleichgeschlechtliche Ehen oder Partnerschaften hineingeboren werden, schlechter. Ihnen fehlt die Rechtssicherheit durch zwei rechtliche Elternteile. Lesbischen Paaren wird so weiterhin die Möglichkeit verwehrt, von der Geburt des Kindes an gemeinsam die Sorge zu übernehmen. Das wollen wir ändern. Familie ist immer schon mehr als lediglich Blutsverwandtschaft. Ein Festhalten an dieser rein biologistischen Sichtweise diskriminiert darüber hinaus auch Pflege- und Adoptivfamilien.

Es muss das Wohlergehen des Kindes im Mittelpunkt stehen, das unabhängig von der sexuellen Orientierung der Eltern ist.

Angemessenes Gedenken

Lesbische Frauen wurden oft als sogenannte “Asoziale” in den Konzentrationslagern grausam ermordet, als “Umerziehungsmaßnahme” zur Prostitution gezwungen oder in Psychiatrien gefoltert und weggesperrt. Im Nachkriegsdeutschland wurde darüber hinaus etlichen Müttern das Sorgerecht entzogen, weil sie lesbisch liebten. An all diese Frauen muss in der deutschen Gedenkkultur erinnert werden. Wir wollen diese Frauen nicht vergessen.

Wir wollen uns ausdrücklich dafür einsetzen, dass eine zeitgemäße Gedenkkultur auch die historische und wissenschaftliche Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte lesbischer, trans*, bi- und intersexueller sowie queerer Frauen beinhaltet, die während des Nationalsozialismus und in der späteren Rechtsprechung im Nachkriegsdeutschland verfolgt und
diskriminiert wurden. Damit dies möglich wird, braucht es ausreichend Mittel für die Forschung und Schaffung von Gedenkkultur.

Gemeinsam werden wir uns für mehr Sichtbarkeit, Gerechtigkeit und Gedenkkultur von lesbischen, trans*, bi- und intersexuellen sowie queeren Frauen einsetzen.